

Vierte Fachtagung des HKNR am 26. – 27. April 2016 im UBA

Workshop 5 - Erfahrungsaustausch zur öffentlichen Beschaffung von Ökostrom

**Neuregelungen nach der Vergaberechtsreform 2016
mit Auswirkung auf die Beschaffung von Ökostrom**

Rechtsanwalt Jörn Schnutenhaus

Schnutenhaus & Kollegen

Drakestraße 49, 12205 Berlin

Tel.: (030) 25 92 96-30; Fax: (030) 25 92 96 -40

info@schnutenhaus-kollegen.de

Übersicht

- 1. Beschreibung des Auftragsgegenstands**
- 2. Verwendung von Gütezeichen**
- 3. Eignungsanforderungen**
- 4. Zuschlagskriterien**

1. Beschreibung des Auftragsgegenstands

- **Wie bisher:** Konkretisierung des Auftragsgegenstands durch umweltbezogene Aspekte, vgl. § 31 Absatz 3 VgV
- **Neu:** Technische Anforderungen bei Liefer- und Dienstleistungen dürfen sich auf Produktionsprozesse und -methoden in jeder Phase des Lebenszyklus beziehen, vgl. Nummer 1 der Anlage 1 zu § 32 Absatz 2 VgV
- Öffentliche Auftraggeber dürfen ausdrücklich nachhaltige Anforderungen z.B. an den Herstellungsprozess der Leistung stellen (z.B. Erzeugung von Strom ganz oder zu einem Teil aus erneuerbaren Energien), sofern die Anforderung
 - in Verbindung mit dem Auftragsgegenstand steht und
 - zu dessen Wert und Beschaffungszielen verhältnismäßig ist.

2. Verwendung von Gütezeichen als Nachweis der Produkteigenschaften

- **Neu:** Öffentliche Auftraggeber dürfen bestimmte Gütezeichen zum Nachweis der Erfüllung von Umweltkriterien ausdrücklich verlangen, § 34 Absatz 1 VgV
- Das geforderte Gütezeichen muss alle Anforderungen nach § 34 Absatz 2 VgV erfüllen, sonst darf es nicht als Nachweis verlangt werden
- Öffentliche Auftraggeber sollten vor einer Ausschreibung das geforderte Gütezeichen genau kennen
- **Wie bisher** sind gleichwertige Nachweise über die Anforderungen des Gütezeichens unter bestimmten Bedingungen zu akzeptieren, § 34 Absatz 5 VgV

3. Eignungsanforderungen

- **Neu:** Öffentliche Auftraggeber sollen/dürfen klare inhaltliche Anforderungen an die technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Bieter stellen:
 - z.B. welche Erfahrung/ Personalausstattung/ Finanzkraft braucht der Bieter? Zulässig sind z.B. ausdrückliche Vorgaben zum Jahresumsatz oder zur Höhe der Berufshaftpflichtversicherung, § 45 Absatz 1 VgV
- Öffentliche Auftraggeber dürfen auch für Lieferleistungen die Erfüllung bestimmter Systeme oder Normen des Umweltmanagements verlangen
- Als Nachweis dürfen auch Ökogütezeichen verlangt werden, die Umweltmanagementkriterien beinhalten; gleichwertige Bescheinigungen zum Umweltmanagement sind unter engeren Voraussetzungen anzuerkennen als bislang, vgl. § 49 Absatz 1 und 2 VgV

4. Zuschlagskriterien

- **Wie bisher:** Berücksichtigung umweltbezogener Kriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots, vgl. § 58 Absatz 2 Nummer 1 VgV
- **Neu:** mehr Rechtsicherheit für die Vergabepaxis durch erstmalige Kodifizierung der Rechtsprechung des EuGH und der bislang auch schon geltenden Grundsätze
- Umweltbezogene Zuschlagskriterien dürfen sich auf sämtliche Lebenszyklusstadien beziehen
- **Wie bisher:** Öffentliche Auftraggeber müssen die Erfüllung von Zuschlagskriterien nachprüfen können (Nachweise!)
 - dies gilt insbesondere für Umwelanforderungen, die sich nicht unmittelbar im Endprodukt wieder finden (z.B. Anforderungen an Produktionsmethoden, wie die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien)

Vielen Dank für Ihr Interesse.

Für Fragen und fachlichen Austausch stehe
ich gern zur Verfügung.

Rechtsanwalt Jörn Schnutenhaus

Schnutenhaus & Kollegen
Drakestraße 49, 12205 Berlin
Tel.: (030) 25 92 96-30; Fax: (030) 25 92 96 -40
info@schnutenhaus-kollegen.de